

Vienna+20: Women's rights at stake?!

Voices of international women's rights activists¹

Am 25. Juni 2013 füllte sich das Frauenministerium in Wien mit ca. 150 Feminist_innen, Aktivist_innen und Akademiker_innen, um auf die UN-Menschenrechtskonferenz 1993 zurückzublicken und aktuelle Stimmen von Frauenrechtsaktivistinnen zu Wort kommen zu lassen. Bei der zweiten UN-Menschenrechtskonferenz vor 20 Jahren wurden erstmals alle Formen von Gewalt gegen Frauen explizit als Menschenrechtsverletzungen anerkannt.

Am Podium diskutierten Charlotte Bunch (USA), Rosa Logar (Österreich), Valerie Msoka (Tansania), Seidy Salas Viquez (Costa Rica) und Wendy Harcourt (Italien/Australien) unter der Moderation von Ursula Dullnig (Österreich) über die Fragen: Was hat sich in den letzten 20 Jahren in Bezug auf Frauenrechte getan? Was macht Mut und motiviert? Welche Strategien und Methoden haben sich als nützlich erwiesen? Was fehlt und was braucht es, um ein Mehr an Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen?

Rückblick auf die letzten 20 Jahre

Vor 20 Jahren fand parallel zur UN-Menschenrechtskonferenz ein Frauenrechtstribunal statt. Bei diesem Tribunal berichteten Frauen aus aller Welt über Gewalterfahrungen. Dieses Tribunal und die Zeugenaussagen der Frauen erreichten, dass Gewalt an Frauen explizit als Menschenrechtsverletzung angesehen wurde. Charlotte Bunch betonte, dass dies nur möglich war, weil sich Frauenrechtsaktivistinnen bereits Jahre zuvor organisiert hatten.

In den 1980er und 1990er Jahren entwickelte sich eine internationale, globale Frauenbewegung, die eine feministische Perspektive auf Menschenrechte forderte. Charlotte Bunch sieht deren Ursprung bei der Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985, bei der Frauen versucht haben, globale Agenden zu beeinflussen. Bunch betont, dass die Erfolge im Bereich der Frauenrechte von 1993 nicht von der UN-Menschenrechtskonferenz selbst ausgingen, sondern, dass die Frauenbewegung die Ursache dafür war. Für Charlotte Bunch war v.a. die Implementierung des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte als Resultat der Konferenz ein wesentlicher Fortschritt.

Neben Charlotte Bunch hatte auch Rosa Logar an dem Frauentribunal 1993 eine aktive Rolle inne. Sie hob bei dieser Veranstaltung hervor, dass die Menschenrechtskonferenz auch viel in Österreich bewirkt hat. Die Erkenntnis, dass Frauenrechte Menschenrechte sind und dass Gewalt gegen Frauen keine Privatsache, sondern eine Menschenrechtsverletzung ist, sieht sie als deren besondere Errungenschaft. Die rechtliche Lage im Bezug auf häusliche Gewalt hat sich in Folge dessen in Österreich stark verbessert.

Augenmerk auf sexuelle und reproduktive Rechte in Zentralamerika

Sexuelle und reproduktive Rechte sind heiß umstritten und werden oft von konservativen Stimmen in Frage gestellt; sie sind jedoch ein Schlüsselbereich für die Umsetzung von Frauenrechten.

In Costa Rica werden jedes Jahr 300 Mädchen unter 15 Jahren Mütter. In anderen Ländern Zentralamerikas ist die Situation ähnlich oder schlimmer. Auf politischer Ebene wurde wenig dagegen gemacht. In Costa Rica erlaubt das Strafgesetzbuch eine Abtreibung, wenn das Leben oder die Gesundheit der Schwangeren in Gefahr ist. Allerdings zeigt die Praxis, dass das Gesundheitsrisiko nicht berücksichtigt wird. In Nicaragua und El Salvador ist ein Schwangerschaftsabbruch in keinem Fall möglich. Die Pille danach ist in allen zentralamerikanischen Ländern verboten mit dem Argument, dass es noch zu wenige wissenschaftliche Daten dazu gibt.

Für Seidy Salas Viquez sind sexuelle und reproduktive Rechte Grundrechte: „Wenn wir nicht die Möglichkeit haben über unseren Körper und unseren Lebensplan zu entscheiden, sind wir nicht in der Lage, andere Rechte wahrzunehmen. Über sexuelle und reproduktive Rechte in Zentralamerika zu sprechen ist sehr schwierig.“ Der Einfluss der katholischen und anderer christlicher Kirchen ist sehr stark und beeinflusst nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Politik und Medien. Salas Viquez kämpft mit ihrer Organisation „Colectiva por el Derecho a Decidir“ (Kollektiv für das Recht auf Entscheidungsfreiheit) für sexuelle und reproduktive Rechte. Das sind Themen, die verschwiegen und manipuliert werden. Zentralamerikanische Feministinnen, die sich dafür einsetzen, sind mit dem Vorwurf konfrontiert, von europäischen oder nordamerikanischen Organisationen beeinflusst zu werden und somit den sozialen Frieden zu stören.

¹ Am 2.7.2013 wurde die Radiosendung „Women's rights at stake?!“ auf Radio Orange 94.0 im Rahmen der Globalen Dialoge ausgestrahlt. Nachzuhören demnächst auf www.noso.at

Ein weiteres Thema mit dem sich Seidy Salas Viquez beschäftigt sind die Rechte der LGBTIQ-Personen (Lesbian, Gay, Bisexuell, Transgender, Intersex und Queer), die in zentralamerikanischen Ländern verfolgt werden. In Honduras wurden die Straftaten gegen LGBTIQ-Personen nach dem Putsch nicht weiter verfolgt und es wird angenommen, dass 98 Prozent der Übergriffe ungestraft bleiben.

Information über die eigenen Rechte ist wichtig, um handeln zu können. Für Salas Viquez stellt das Medium Radio ein wesentliches Kommunikationsmittel dar, um Hausfrauen, Frauen im ländlichen Raum und Indigene zu erreichen und sie über ihre Rechte zu informieren. Ziel ist es, Debatten auszulösen, die in Zentralamerika dringend notwendig sind.

Mediale Methoden der Gewaltbekämpfung

Valerie Msoka's Fachgebiet ist die Berichterstattung über geschlechtsspezifische Gewalt. Wie kann mediale Berichterstattung dazu beitragen, dass Gewalt an Frauen und Mädchen abnimmt? Sie meint, dass Allianzen mit Medien forciert werden müssen, weil mediale Berichte Agenden beeinflussen. Die Gesellschaft muss über Menschenrechtsverletzungen informiert werden, um handeln zu können.

Valerie Msoka ist die Geschäftsführerin der Tanzanian Media Women's Association (TAMWA), die letztes Jahr ein Handbuch für Journalist_innen zum Thema der geschlechtsspezifischen Berichterstattung publizierte. Im Rahmen von „Train the Journalist“ wurden 90 Journalist_innen in Tansania zu geschlechtsspezifischer Gewalt, wie zum Beispiel zu Female Genital Mutilation (FGM), geschult.

Für Msoka ist die Zusammenarbeit zwischen NGOs und Medien ein wichtiges Instrument, mit dem politische Richtlinien verbessert werden können. Journalistische Aufarbeitung von Frauen- und Kinderrechten sind Menschenrechtsthemen. Wenn nicht darüber berichtet wird, wird diesem Thema kein Platz gegeben.

Neue Herausforderungen

Wendy Harcourt sprach bei dieser Veranstaltung über die Zukunft. Sie meinte, dass wir Rückschritte in Bezug auf Frauenrechte zu befürchten haben, da sich Fundamentalismen und religiöse Themen in die Diskussion einschleichen.

Wem wird eine Stimme gegeben? Wendy Harcourt nennt das Beispiel von Frauen im Iran, die im Menschenrechtsbereich tätig sind, aber ihre Menschenrechtsarbeit nicht als solche benennen (können). Im Endeffekt zählen ihrer Meinung nach aber Handlungen und nicht nur Worte. Menschen gehen auf die Straße, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Dies verändert vielleicht nicht sofort die Politik, verschafft aber Aufmerksamkeit und regt Diskussionen an. Als Beispiel erwähnt sie die Demonstrationen von Frauen und Männern in Italien gegen das sexistische Verhalten von Silvio Berlusconi.

Weiters sprach Harcourt über verschiedene Arten von medialer Aufmerksamkeit und bezog sich dabei auf die Aktionen von Femen. Diese Aktionen erhalten sehr viel Medienaufmerksamkeit, und den Sprüchen auf ihren Körpern können wir zustimmen: „Our body is our own“, „This body don't has to be touched“. Aber bei dieser Form der neuen sozialen Bewegung schwimmt ihrer Meinung nach „Pornographie“ mit Frauenrechtsaktivismus.

Der zukünftige Kampf für Frauenrechte wird geprägt sein durch Herausforderungen wie Klimawandel, Wirtschaftskrise und die wachsende Ungleichheit zwischen Menschen. Wendy Harcourt stellt sich die Frage, wie wir damit umgehen. Für Charlotte Bunch stellt nicht nur die Verringerung der Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, sondern auch die zwischen Frauen, eine Herausforderung dar.

Autorinnen: Claudia Dal-Bianco (Frauensolidarität) & Verena Bauer (Women on Air)

Die Veranstaltung fand im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Konferenz „Vienna +20: Human Rights in Crisis“ statt (www.viennaplus20.org), bei der sich von 25. bis 26. Juni Menschenrechtsaktivist_innen aus über 50 Ländern trafen.

Organisatorinnen:



In Kooperation mit:

